

Mit Ambulanzgebühr oder längerer Durchrechnungszeit bei den Pensionen wird jüngst wieder versucht, das ziemlich gespannte soziale Netz zu „halten“. Dabei aber türmt sich, bisher noch kaum beachtet, im Hintergrund bereits die nächste Belastung

VON CHRISTIAN EBEERT

auf: Die Kosten für die Pflege älterer Menschen werden nämlich in den nächsten Jahren dramatisch ansteigen, weil wir erfreulicherweise im Schnitt alle länger leben.

Alleine bis 2010 dürften statt jetzt 600.000 schon 800.000 Pflegebedürftige zu betreuen sein. Und bis 2050 werden laut Studie des IHS die gesamten Gesundheitskosten „nur“ um 43% steigen, der Aufwand für die Langzeit-Versorgung der Älteren hingegen wird sich mit 128% mehr als verdoppeln!

In Zahlen: Statt derzeit 0,7% der Wirtschaftsleistung (entspricht derzeit 1,5 Milliarden Euro) sind dann 1,6% des BIP fällig (siehe Tabelle). Und damit stehen sowohl Bundes- wie auch Länderbudgets vor dem Kollaps. „In den nächsten Jahren fehlen österreichweit 10.000 Betreuungskräfte, und viele Länder haben trotz gesetzlicher Verpflichtung noch keine Vorkehrungen getroffen“, schlägt Manfred Kerschbaum, Generalsekretär des Roten Kreuzes, Alarm.

Tatsächlich müssten die Länder bis 2010 ausreichend Pflegeheime und mobile Betreuungseinrichtungen aufziehen, weil sie sich seit Einführung des Pflegegeldes den früheren Hilfslosenzuschuss ersparen. Vor allem bei den mobilen Einrichtungen (Kosten derzeit rund 350 Mio. Euro) wird der

„Soziales Netz“: durch

Bedarf rasant steigen.

Ein enormer Aderlass kommt auch aufs Bundesbudget zu: Die Ausgaben fürs Pflegegeld werden gleich um 140% und damit am schnellsten von allen Sozialausgaben in die Höhe schießen. Und das ist sicher, denn die dann Pflegebedürftigen leben ja bereits jetzt.

„Das gesamte System bei Behinderten und Pflegebedürftigen muss reorganisiert werden, sonst wird es zu teuer“, fordert denn auch Sozialexperte Prof. Bernd Marin.

Kollaps die Pflegekosten

● Weil wir länger leben, wird sich der Budget-Aufwand für die Betreuung der Älteren bis 2050 mehr als verdoppeln

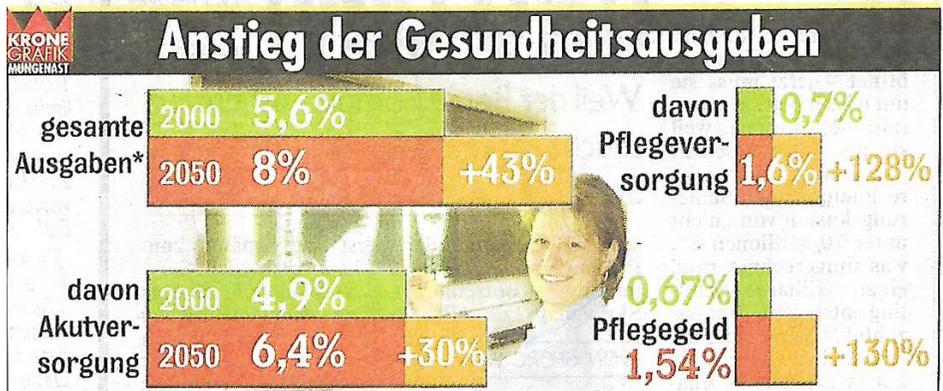
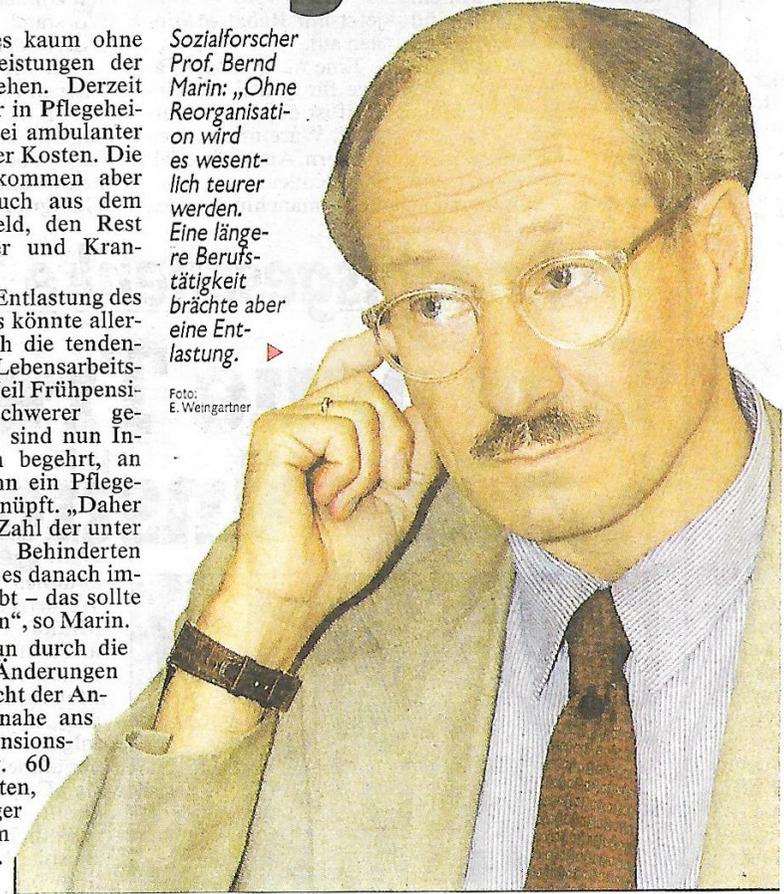
Dabei dürfte es kaum ohne höhere Eigenleistungen der Betroffenen gehen. Derzeit zahlen sie zwar in Pflegeheimen rund $\frac{2}{3}$, bei ambulanter Betreuung $\frac{1}{3}$ der Kosten. Die Mittel dafür kommen aber großteils ja auch aus dem Bundespflegegeld, den Rest steuern Länder und Krankenkassen bei.

Eine leichte Entlastung des sozialen Netzes könnte allerdings zusätzlich die tendenziell längere Lebensarbeitszeit bringen: Weil Frühpensionierungen schwerer gemacht wurden, sind nun Invaliditätsrenten begehrt, an denen sich dann ein Pflegegeldanspruch knüpft. „Daher steigt jetzt die Zahl der unter 65-Jährigen Behinderten stark, während es danach immer weniger gibt – das sollte zu denken geben“, so Marin.

Je größer nun durch die kommenden Änderungen am Pensionsrecht der Anreiz wird, bis nahe ans gesetzliche Pensionsalter (65 bzw. 60 Jahre) zu arbeiten, desto geringer der Ansturm aufs Pflegegeld.

Sozialforscher Prof. Bernd Marin: „Ohne Reorganisation wird es wesentlich teurer werden. Eine längere Berufstätigkeit brächte aber eine Entlastung.“

Foto: E. Weingartner



*= Anteil am Bruttoinlandsprodukt, Quelle: IHS